
Blühende Landschaften? – Binnenmigration, Demographischer Wandel und Deindustrialisierung nach 20 Jahren deutscher Einheit

I. Zwei zentrale Probleme des vereinten Deutschlands

Gewiss: Die gesellschaftliche Entwicklung unterscheidet sich in den Alten und Neuen Bundesländern deutlich. Aber: In den Neuen Bundesländern vollziehen sich seit der Wende eine Reihe tief greifender politischer, sozialer und ökonomischer Wandlungsprozesse, die sich – in geringerem Ausmaß – auch in den westlichen Bundesländern abspielen. Von den Menschen in den Neuen Bundesländern wurden und werden beträchtliche Anpassungsleistungen gefordert, und die Politik steht immer noch vor großen Herausforderungen, neue Lösungen für soziale Wandlungsprozesse zu entwickeln. Von den Erfahrungen kann vielleicht auch der Westen lernen, denn die Globalisierungsfolgen betreffen Alte wie Neue Bundesländer, wenn auch in unterschiedlicher Form und Härte.

Hier werden beispielhaft zwei Problemkomplexe herausgegriffen, die kennzeichnend für die weitere soziokulturelle Entwicklung in Ost und West sind: erstens der demographische Wandel sowie die Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland; zweitens die Tendenzen eines Deindustrialisierungsprozesses. Beide eng miteinander verwobenen Entwicklungen treffen die östlichen Bundesländer schärfer als die westlichen, aber auch die westlichen werden davon berührt, wie die nachfolgende Karte aufschlussreich illustriert. Das Phänomen der „schrumpfenden Städte“ („shrinking cities“) ist kein typisch ostdeutsches, sondern ein globales Problem, man denke hier nicht nur an Halle oder Leipzig, sondern auch an Detroit und Manchester oder an viele Städte und Regionen Frankreichs.

Die Fragen nach den Ursachen der sozialen und ökonomischen Folgeprobleme des deutsch-deutschen Einigungsprozesses können auf sehr unterschiedliche Weise beantwortet werden. Mal werden sie als folgenreiche „Altlasten“ der DDR gedeutet, als die maroden Hinterlassenschaften eines ineffektiven planwirtschaftlichen Systems. An anderer Stelle werden die vermeintlich übereilten und nicht immer durchdachten politischen Entscheidungen in den 1990er Jahren dafür verantwortlich gemacht, bisweilen wird der Vereinigungsprozess gar als Unterwerfung und Kolonisierung durch den Westen angeprangert. Hinter jedem Erklärungsansatz verbergen sich spezifische politisch-ideologische Interessen, die jeweils eine gewisse Plausibilität beanspruchen können. Man kann die gegenwärtigen Probleme aber auch mit globalen ökonomischen und demographischen Trends erklären, von denen der Osten härter und der Westen schwächer betroffen ist. Hier werden zwei Entwicklungsstränge angedeutet, die auch für den Westen in der Zukunft bedeutsam werden.

Migration innerhalb Deutschlands

Die Statistik zeigt (vgl. M 1), dass in jedem Jahr in den Neuen Bundesländern quasi eine Mittelstadt von der Landkarte verschwindet. Im Jahr 1990 beispielsweise erreichte die Bevölkerungszahl von Halle mit 316 776 ihren historischen Höchststand. Von 1990 bis 2005 verlor die Stadt aufgrund von Abwanderung, Suburbanisierung und Geburtenrückgang rund 80 000 Köpfe, sie zählte 2007 nur noch ca. 234 000 Einwohner. Für das Jahr 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt eine Einwohnerzahl von 195 000.

In absoluten Zahlen ist Sachsen bei der Abwanderung Spitzenreiter, bezogen aber auf die Bevölkerung verließen mehr Menschen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Die Folgen dieses Prozesses werden durch mehrere Umstände verschärft, vor allem durch den Kindermangel und die „selektive Abwanderung“: Es sind vor allem junge Menschen, die wanderungsbereit sind, Hochqualifizierte – und in zunehmendem

Unter „schrumpfenden Städten“ werden Städte verstanden, die Einwohner, Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft sowie Steueraufkommen verlieren. Ursachen dieses Prozesses sind der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, ferner die Suburbanisierung, also der Wegzug von Einwohnern ins „grüne Umland“, der demografische Wandel (Rückgang der Geburten, Alterung der Gesellschaft), Abbau von Arbeitsplätzen im administrativen, landwirtschaftlichen, militärischen und industriellen Bereich, wodurch Abwanderungsprozesse eines Teils der Bevölkerung einsetzen.

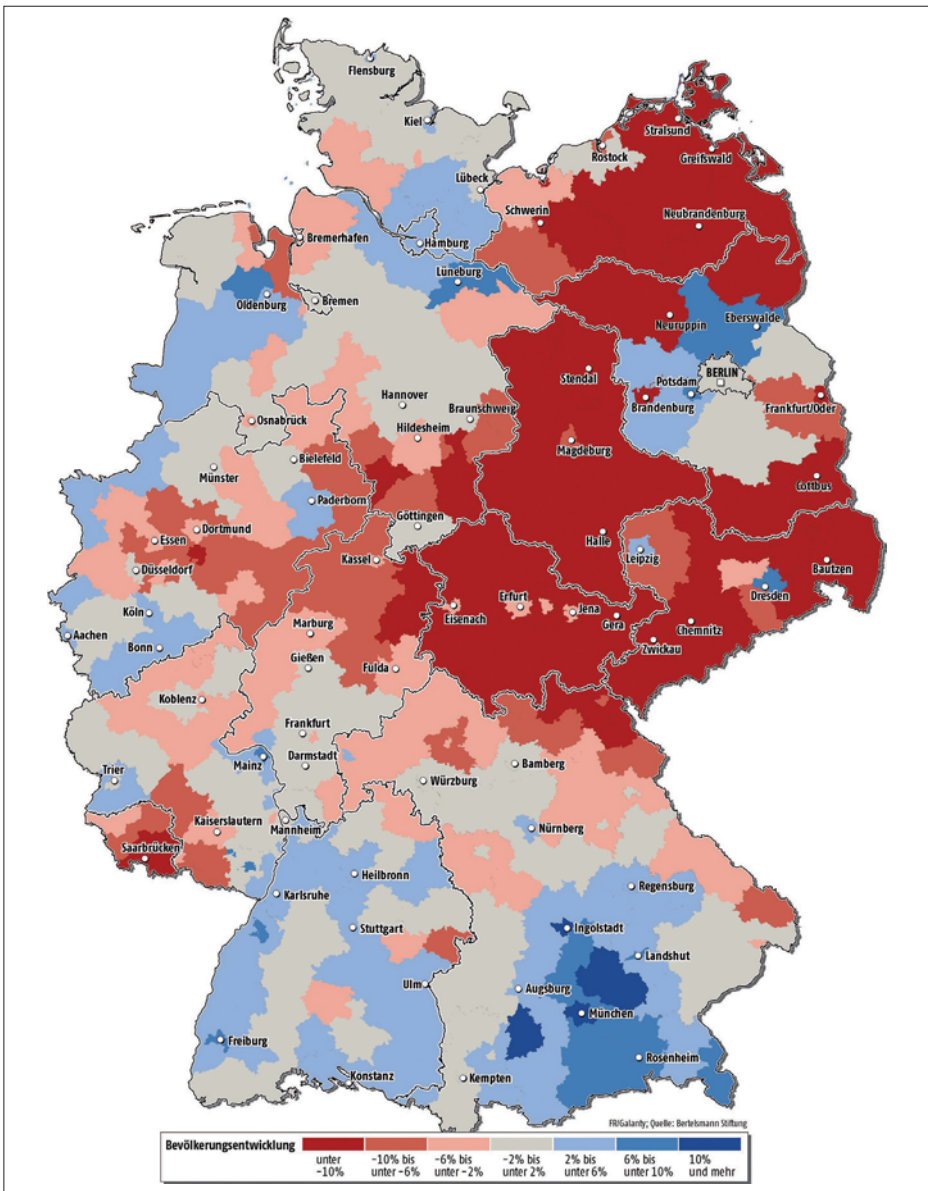
Mäße Frauen, die sich deutlich beweglicher zeigen als die Männer. Im vorpommerschen Landkreis Uecker-Randow kommen in der Gruppe der 18- bis 29-jährigen auf 100 Männer nur noch 74 Frauen.

Das Fehlen von Kindern hat massive Folgen für das schulische Angebot, den Lehrstellenmarkt sowie die Universitäten. Unternehmerischer Elan sinkt, das kulturelle Leben nimmt ab, Orte der Begegnung verschwinden, Politik findet kaum noch statt. Ganze Landschaften verfallen in Lethargie, wenn nicht in Depression.

Von ähnlichen Entwicklungen sind indes auch westdeutsche Städte und Regionen betroffen, allerdings über einen längeren Zeitraum hinweg. So verlor z. B. Duisburg seit 1975 über 100 000 Einwohner, Wuppertal 65 000, Gelsenkirchen 125 000. Auch das niedersächsische Wilhelmshaven verlor etwa ein Fünftel seiner Bevölkerung. Die Gruppe der 1- bis 18-jährigen ist dort mit ca. 16 Prozent deutlich kleiner als die Bevölkerungsgruppe der über 65-jährigen mit ca. 23 Prozent.

Deindustrialisierung

Der Begriff „Deindustrialisierung“ meint die relative Abnahme der Bedeutung des produzierenden Gewerbes in hoch entwickelten Industriegesellschaften. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch die sinkende Rentabilität (bestimmter) industrieller Produktionsformen, durch den Verlust an Exportgewinnen und ganzen Exportfeldern. Infolgedessen findet ein Rückgang der Produktion statt und es sinkt der Anteil der Beschäftigten in diesem industriellen Segment. Im ausgeprägtesten Fall „sterben“ ganze Industriezweige, veröden ganze Industrieregionen.



Frankfurter Rundschau/Galant, Quelle: Bertelsmann Stiftung

Als wesentliche Ursache für diesen Rückgang gilt die Globalisierung in Form von billiger internationaler Konkurrenz, die ein Fortführen von personalintensiver Industrieproduktion in vielen althergebrachten Standorten, so auch in Deutschland, unrentabel macht. Allerdings wird diese Entwicklung bisweilen kompensiert durch verfeinerte Verfahren, neue technologische Vorsprünge und das Ausweichen in neue Wirtschaftssegmente, vor allem im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie im Bereich von Dienstleistungen. Eine kluge Wirtschaftspolitik kann solche Wandlungsprozesse rechtzeitig einleiten und fördern, auch hierfür gibt es in Deutschland Beispiele.

Städte verändern sich

Durch die Abwanderung kam es in den Neuen Bundesländern zu einem massiven Wohnungsleerstand, im Jahr 2002 betraf das etwa eine bis anderthalb Millionen Wohnungen. Zumal in Großstädten wie Leipzig waren ganze Stadtteile verödet. Schon zu DDR-Zeiten war der Altbaubestand der Innenstädte stark vernachlässigt worden. Zusätzlich zur Städtebauförderung und dem Denkmalschutz, die primär auf die Sanierung abzielen, hat daher die Bundesregierung 2002 das Programm Stadtumbau Ost gestartet, dessen Ziel die Reduzierung des Angebotsüberhangs an Wohnraum ist. Dafür wurden insgesamt Mittel in Höhe von ca. 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Seither wurden bis 2007 ca. 220 000 Wohnungen abgerissen, insgesamt sollen 350 000 Wohnungen verschwinden.

Vertraut man den pessimistischen Annahmen, die – angesichts anhaltender Abwanderung und niedriger Geburtenrate – einen weiteren Schrumpfungsprozess der Bevölkerung in den Neuen Bundesländern und den Suburbanisierungsprozess („Eigenheim im Grünen“) prognostizieren, dann ist das Stadtumbauprogramm eine never ending story mit unkalkulierbaren finanziellen Folgen. Denn die technische Infrastruktur in den Städten und Gemeinden hat hohe Fixkosten, die auf einen geringer werdenden Bevölkerungsanteil umgelegt werden müssen. Rückbau oder Sanierung von vielleicht „schönen“ denkmalgeschützten Altbauten schafft, wie man etwa in Görlitz beobachten kann, noch lange keine „Werte“, sondern zunächst neue hohe Kostenfaktoren. Man denke auch an zunehmend längere Schulwege und an die mangelnde Rentabilität von Gewerbegebieten für Unternehmen und Kommunen. Städtische Liegenschaften werden immer stärker an Wert verlieren, nicht vermarktbar Brachflächen im privaten oder kommunalen Besitz können zu finanziellen Zeitbomben werden.

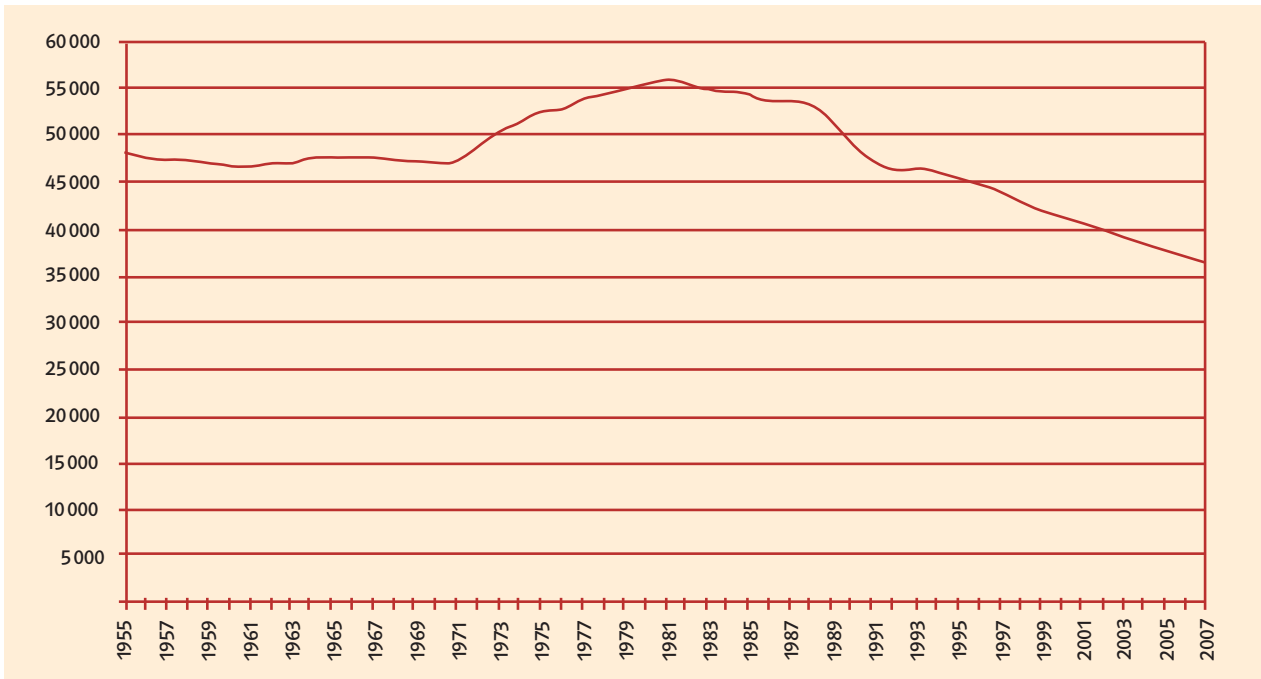
Sich mit diesen und ähnlichen Problemen auch im Westen zu befassen ist unbedingt lohnend, denn die gegenwärtigen Probleme des Ostens sind bereits und werden immer stärker auch Probleme des Westens.

1 Ost-West-Wanderungen 2001–2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Abwanderung Ost-West	230 200	216 200	195 200	185 900	175 100	173 600
Zuwanderung West-Ost	138 100	139 400	137 500	133 400	128 000	122 900
Saldo	-92 000	-76 700	-57 700	-52 500	-47 100	-50 700

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. Die neuen Länder – für ein modernes und soziales Deutschland, Stand 24. September 2008, S. 19.

2 Bevölkerungsentwicklung in Altenburg 1955–2007



Nach: <http://www.altenburg.eu> (02/2009)

3 Auch bei Städten gibt es Gewinner und Verlierer

Die Sozialwissenschaftlerin Birgit Glock schreibt 2002 zum westdeutschen Städteschwundprozess:

Dass Städte schrumpfen, ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Solche Prozesse können weltweit seit den 1970er Jahren beobachtet werden. Die ostdeutschen Städte weisen jedoch einige Besonderheiten auf [...].

Arbeitsplatz- und Einwohnerverluste konzentrierten sich [in Westdeutschland] zu dieser Zeit überwiegend in den altindustrialisierten Städten, deren ökonomische Basis vornehmlich auf die klassischen Hochindustriesektoren – Bergbau, Kohle, Stahl oder Schiffsbau – ausgerichtet waren. Dass diese Städte schrumpften, konnte man mit einem regional unterschiedlich verlaufenden Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft erklären. Der Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe war in diesen Städten einerseits

besonders hoch, weil sich hier die leicht zu dezentralisierenden „ausgereiften“ Industrieerzeugnisse konzentrieren; andererseits entstanden weniger neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor als in anderen Regionen [...]. „Gewinnern“ des Strukturwandels wie München, Frankfurt oder Stuttgart standen Städte wie Duisburg, Bochum oder Bremen als „Verlierer“ gegenüber. Im Kern ging es damals um das Phänomen ökonomischer Stagnation bzw. Schrumpfung einiger städtischer Agglomerationen, bei gleichzeitiger Expansion bzw. Wachstum anderer Städte und Regionen und dem daraus erwachsenden und sich verfestigenden Wohlstandsgefälle. Weil das Schrumpfen strukturell bedingt war, handelt es sich hierbei um ein Phänomen, mit dem die Städte bis heute konfrontiert sind.

Birgit Glock, Berliner Debatte INITIAL 13 (2002) 2, S. 3–10, in: <http://www.linksnet.de/de/artikel/18214> (Zugriff 8.2.2009)

4 Von Ost nach West

Wanderungssaldo zwischen alten und neuen Bundesländern in der Altersgruppe der 18- bis unter 30-jährigen:

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Saldo	-46 900	-42 300	-35 600	-36 600	-33 600	-33 800

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. Die neuen Länder – für ein modernes und soziales Deutschland, Stand 24. September 2008, S. 19.

5 Alterung

Der Osten Deutschlands wird zukünftig auch von der fortschreitenden Alterung viel stärker betroffen sein als der Westen. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter wird in Ostdeutschland besonders stark sinken, von 8,0 Mio. im Jahr 2010 auf 4,3 Mio. im Jahr 2050. Der Altenquotient wird sich im Osten von heute etwa 35 bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln und dann 80 betragen. Er zeigt, wie viele Senioren (65+ Jahre) auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) entfallen. Der Westen Deutschlands weist zurzeit einen etwas niedrigeren Altenquotienten von etwa 32 je 100 auf, der auch geringfügiger steigen wird, auf 62 im Jahr 2050.

Claudia Nolden-Temke, Migration und Bevölkerung – Newsletter – Ausgabe 5, Juli 2007 (http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=070501)

6 Hüben nicht wie drüben

Robert Kaltenbrunner, Leiter der Abteilung Bauen, Wohnen, Architektur des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Bonn/Berlin), über Umbau und Schrumpfung der Städte (2008):

Seit einigen Jahren geht in Europa ein Gespenst um, doch nur hinter vorgehaltener Hand ist man bereit einzuräumen, dass man es gesichtet hat. Es handelt sich um das Gespenst des Schrumpfens. Es ist nicht immer leicht zu erkennen, da es auf vielerlei Weise auftritt: In Osteuropa schwebt es über den seit 15 Jahren dramatisch entleerten Städten, in den alten Industriegebieten Frankreichs oder Englands taucht es in Form der strukturellen Arbeitslosigkeit auf. Nicht nur die Erscheinungsformen wechseln häufig, auch die Geschwindigkeit seines Auftauchens variiert.

Wir sind gut beraten, uns mit diesem Phänomen hierzulande intensiver auseinanderzusetzen. Denn es ist eben nicht nur eingebildet, dass ganze Industrieareale aufgegeben werden und Landstriche sich entvölkern, dass sowohl Gründerzeithäuser als auch Plattenbauten zerborstene oder vernagelte Fenster zur Schau stellen, dass, wie zu lesen war, „die Wölfe von der Mark Brandenburg Besitz ergreifen“, oder dass stückweise brach-

fallende Städte in Ostelbien zu einer Alltagserfahrung werden. Ob nun in Hoyerswerda, Görlitz oder Wittenberge: Vor Ort hat die Schrumpfung längst massiv ihre Spuren hinterlassen.

Doch was die fatale Mischung aus demographischem Wandel, Deökonomisierung und staatlicher Finanzschwäche namentlich in der Uckermark und in Vorpommern, in der Lausitz und in Teilen Mecklenburgs bewirkt, ist keineswegs eine Übergangerscheinung, sondern längst ein sich verfestigender Zustand – und möglicherweise ein Vorschein auf Entwicklungen, die alsbald auch Regionen in der alten Bundesrepublik betreffen. Weit über eine Million Wohnungen stehen bislang in Ostdeutschland leer, somit zur Disposition und vielfach kurz vor dem Abriss. Fraglos ist das dramatisch, aber nicht des Problems Kern, sondern nur eine Folgeerscheinung. [...] Folgerichtig initiierte die Bundesregierung alsbald das Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“, dem sich dann auch ein „Stadtumbau-West“ anschloss. Der Gleichklang der Begriffe verschleiert indes, dass sich dahinter unterschiedliche Probleme, Ansätze und Werthaltungen verbergen.

Während Schrumpfung im Osten ganze Regionen erfasst hat, sind im Westen nur einzelne Städte, häufig nur Stadtteile betroffen. In den neuen Ländern treten die Folgen dominant und, im negativen Sinne, bildhaft in Erscheinung, auch für den wenig informierten Besucher meist sofort sichtbar; in den alten Ländern hingegen bleiben sie weithin verdeckt, dringen damit kaum über die Sinne ins allgemeine Bewusstsein. [...]

Langsam nur sickert die Botschaft ins Bewusstsein: Planung kann heute nicht mehr nur Wachstumsüberschüsse verteilen, sondern muss sich auch mit der Verschärfung von Verteilungskonflikten auseinandersetzen. Es herrscht ein Überangebot an Flächen und Räumen in jederlei Hinsicht. Bezüglich der Neuan siedlung von Unternehmen und Privathaushalten wächst die Konkurrenz zwischen Ländern, Regionen und Gemeinden. Die Niederlassung an einer Stelle führt unweigerlich zu Wegzug, Leerstand und Brachfallen an einer anderen. Etwaige Gewinner hier sorgen für Verlierer dort. [...]



Quelle: Fotolia LLC (Willi), New York



Quelle: Fotolia LLC (Xannax1180), New York

Namentlich in der Stadt Leipzig hat man in den letzten Jahren Antworten zu formulieren versucht – und damit Impulse gesetzt: Mit „Zwischennutzungen“ oder so genannten „Gestaltungsverträgen“ wurde aus der Not eine Tugend gemacht und neue Wege eingeschlagen, um zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten nicht von vorneherein zu „verbauen“, sondern offen zu halten.

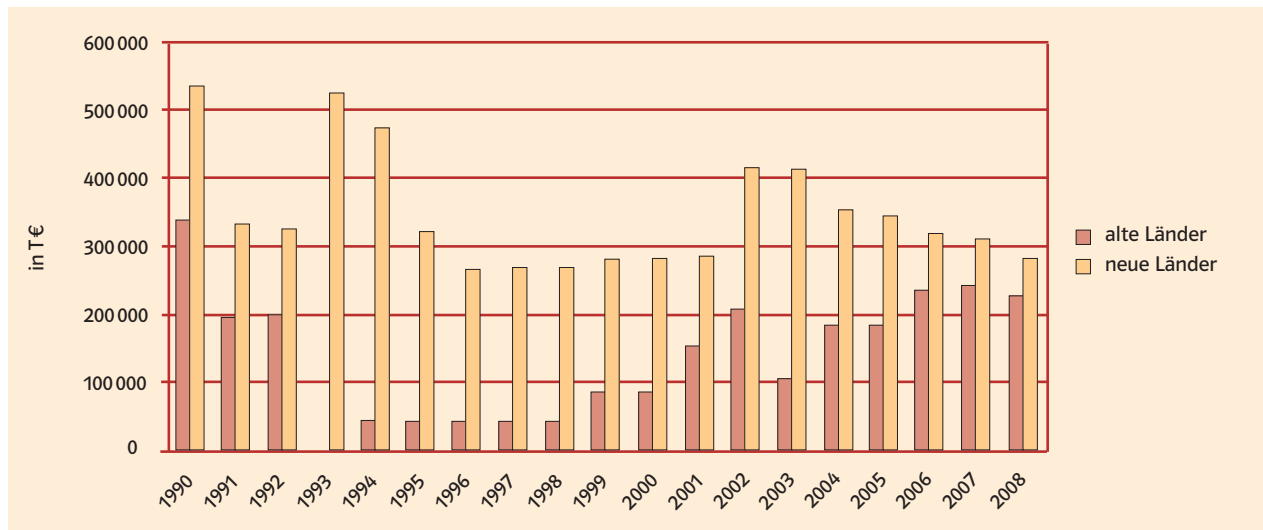
65 [...] Dem steht in den alten Ländern nichts Gleichwertiges gegenüber: Referenzmodelle mit einer überregionalen Ausstrahlung und dem Anspruch, in der Debatte neue Horizonte abzustecken, hat der Westen bislang nicht hervorgebracht. Dass 70 Innen- vor Außenentwicklung gehe, und dass insbesondere die

Schrumpfung hierzu die entscheidende Chance bietet, gilt in der Fachgemeinde weithin als Konsens. Bei allen „Reparaturansätzen“ sei mithin der historischen Altstadt oder dem Gründerzeitgürtel stets der Vorzug zu geben gegenüber der Großsiedlung an der Peripherie der Stadt. [...] Woran es grundsätzlich 75 fehlt, sind neue Ideen für die Lebensform Stadt. [...] Wo früher um Zuwächse an Bauvolumen, Wohnfläche oder Ausstattung gerungen wurde, wo jegliches Stadtentwicklungsdenken bisher stets von einem Mehr ausging, müssen für ein Weniger 80 völlig neue Instrumente erfunden werden. Grund genug, die Verweigerungshaltung zu überwinden und zugleich eine neue „Umbau-Kultur“ zu entwickeln.

Frankfurter Rundschau vom 16.12.2008, S. 38.

7 Städtebauförderung Ost und West

Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung von 1990 bis 2008:



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. Die neuen Länder – für ein modernes und soziales Deutschland, Stand 24. September 2008, S. 76.

8 Soziale und kulturelle Folgen durch schrumpfende Städte



Nach: Ingeborg Beer; Urbane Projekte Schmitz; Potsdam 2001: Obere Talsandterasse in Schwedt/Oder. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“. Gutachten im Auftrag der Stadt Schwedt/Oder, S. 25.

9 Folgen der Deindustrialisierung in Ostdeutschland

Die Soziologin Christine Hannemann erläutert 2003 Ursachen und Folgen der Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum in den Neuen Bundesländern:

- 5 Alle Veränderungen in den Rahmenbedingungen stehen jedoch im Bann der „Deindustrialisierung“. In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wachstum wird dieser Begriff in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen bezeichnet er die Tertiärisierung der Produktion (Übergang von der verarbeitenden Produktion zur Dienstleistung), zum anderen aber auch den bloßen Abbau traditioneller Produktionsbereiche ohne deren Ersatz durch moderne Dienstleistungen oder andere Gewerbe des tertiären Sektors. Doch auch in dieser doppelten Bedeutung erfasst der Begriff der Deindustrialisierung Ausmaß, Inhalt und Resultat des wirtschaftlichen Strukturwandels und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit, der demografischen Entwicklung und der urbanen Rückbildungsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern nur unzureichend: „De-LPGisierung“ (Dekollektivierung der Landwirtschaft), „De-Administrierung“ und „De-Militarisierung“ sind gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland. Ein Beispiel von vielen: Die wirtschaftliche Basis der mecklenburgischen Kleinstadt Teterow bildeten vor der Wiedervereinigung u. a. ein Panzerreparaturwerk, ein Kleiderwerk zur Produktion von NVA-Uniformhosen und die Landwirtschaft. Außerdem war Teterow Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Heute existieren allenfalls noch Restbestände. Eine „Tertiärisierung der Produktion“ hat nicht stattgefunden. Die Stadt Teterow versucht mit der Ansiedlung von Unternehmen der Biotechnologie eine grundsätzliche Neudefinition der wirtschaftlichen Basis, deren Erfolg zur Zeit jedoch äußerst ungewiss ist.
- 35 Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie – also die Deindustrialisierung – hatte die folgenreichsten und schwerwiegendsten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte. Auf die Industrie entfielen im Saldo 70% des Arbeitsplatzabbaus im Gefolge der deutschen Einheit. Die eruptive Marktöffnung, ein Umtauschkurs, der weit über der Kaufkraftparität lag, und eine erste Annäherung von Löhnen und Gehältern an das westdeutsche Niveau verursachten einen „Abschmelzungsprozess“ bei den Arbeitsplätzen.

Christine Hannemann, Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2003, S. 18.

10 Strukturwandel oder Strukturbruch?

Architekten und Stadtplaner über die Zukunft ostdeutscher Städte und Industrie (2003):

- 5 [Es sind] bezeichnenderweise vor allem bestimmte ländliche Regionen, die an Bevölkerungsschwund leiden; geradezu dramatisch ist die Entwicklung in der Uckermark und in Vorpommern, aber auch in Teilen Mecklenburgs, in der Altmark und der Lausitz. In diesen traditionell dünn besiedelten Landschaften war zu DDR-Zeiten mit umfänglichen Industrieansiedlungen (Schwedt, Neubrandenburg, Stendal, Eisenhüttenstadt, Schwarze Pumpe) und hoch technisierter Agrarwirtschaft massive Strukturförderung betrieben worden. Da stellt ein sich selbst überlassener Markt nun den Status quo ante wieder her: die im vorindustriellen Schattendasein dahindämmende
- 15 Arme-Leute-Gegend. Für viele der mühevoll aus dem Boden gestampften Industrie-Wohnstädte dürfte dies wohl vor allem eines bedeuten: Sie sind schlicht überflüssig geworden.

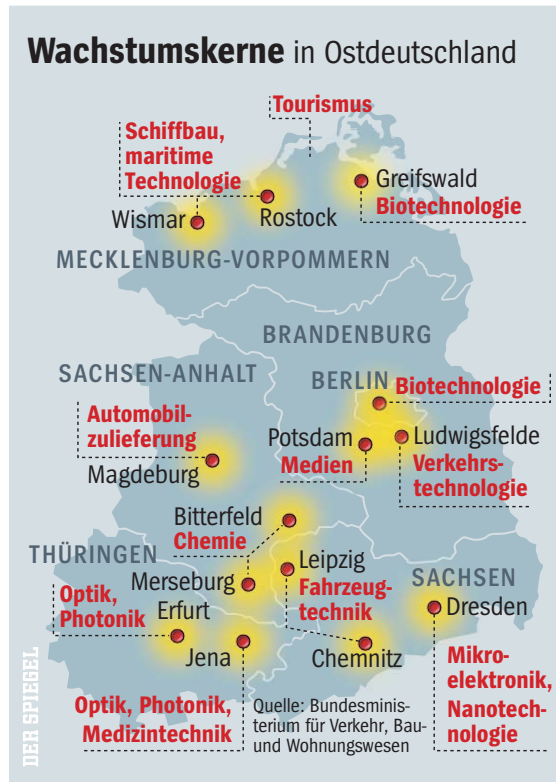
Niemals zuvor war im Westen ein Strukturwandel dermaßen planlos und ungeschützt dem Selbstlauf überlassen worden. Der nach Kräften verzögerte und kompensatorisch weitgehend abgefederte Niedergang des „alten“ Ruhrgebiets ist mit der kollapsartigen Preisgabe der ostdeutschen Industrien in keiner Weise zu vergleichen. Allein am Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen-Dessau waren von 1990 bis 1993 durch wilde Abrisskampagnen, aus Gründen der Arbeitsbeschaffung oder zur Freilegung von „jungfräulichem“ Investitionsbauland über 80 großbetriebliche Anlagen demontiert worden. Dabei sank die Zahl der noch irgendwie produktiv Beschäftigten auf unter ein Drittel der Stärke vor 1989. Wohin man auch blickt, überall finden sich ähnliche Relationen: Dessau (Waggonbau, Chemie) hat 5 500 produktive Arbeitsplätze verloren, Görlitz (Waggonbau, Textil- und Elektromaschinenbau) sogar über 15 000. Der Anlagenbauer Bergmann-Borsig in Berlin schrumpfte von 4 500 auf 300 Arbeiter, im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder sind von 8 500 gerade noch 160 Beschäftigte übrig. „Von der ostdeutschen Wirtschaft blieb vielfach kaum mehr zurück als der berühmte ‚Staub von Brandenburg‘“, stellt der Berliner Soziologe Wolfgang Engler in einer jüngst veröffentlichten Studie fest. „Der Umfang der Erwerbsarbeit sank alarmierend, von 9,7 Millionen Erwerbstätigen im Jahr 1990 auf 6,4 Millionen im Jahr 2000. Bezieht man die mehr als 400 000 Pendler, die im Westen Beschäftigung fanden, in die Rechnung ein, dann sank ihre Zahl sogar auf unter 6 Millionen.“

So stehen wir vor den Auswirkungen einer ökonomischen Transformation, die sich nicht als Strukturwandel, sondern als rapider Strukturbruch vollzogen und im Osten Deutschlands deshalb keine postindustrielle (wie im Westen), sondern eine deindustrialisierte Landschaft hervorgebracht hat. Dass diese beiden Gesellschaftszustände – postindustriell und deindustrialisiert – in ihrer grundsätzlichen Differenz nicht verstanden wurden, gehört nach Engler zu den zentralen Irrtümern deutscher Vereinigungspolitik. Denn die von der Deindustrialisierung Betroffenen erfahren diesen Unterschied ganz existenziell: Sie haben keinen „Modernisierungsschub“ zu verkraften, also individuelle Neuorientierungs- oder Anpassungsprobleme zu lösen, sondern sie kämpfen, einzeln wie kollektiv, ums Überleben – weniger materiell-finanziell (das zunehmend auch) als mehr im Sinne einer jeden Morgen neu zu findenden Rechtfertigung: Warum soll man als aktiver, mobiler und ehrgeiziger Mensch in einer Region bleiben, die dauerhaft mit einer Arbeitslosigkeit von 25 Prozent und mehr zu kämpfen hat, in der die Bahn erst einzelne Bahnhöfe, dann ganze Strecken stilllegt, wo Sparkassen und Postfilialen reihenweise schließen, wo Ärzte und Schulen nur noch in der Kreisstadt zu finden sind, der Einzelhandel zum Erliegen kommt und – als finale Katastrophe – die letzte Kneipe aufgibt. Wenn dann nur noch die Tankstelle als Zuflucht aller Alltagsbedürfnisse übrig bleibt, sollte man sich nicht wundern, dass früher oder später alle vom „Abhauen“ träumen. Alarmierte Regionalforscher warnen inzwischen vor einer mentalen Verinnerlichung der Krise: Die Betroffenen selbst sprechen von ihren Heimatorten als „sterbenden Städten“ und verfallen angesichts der ausweglosen Peripherisierung in Depressionen. „Das ist wie vor '89“, kann man selbst in noch vitalen Städten wie Hoyerswerda hören, „jetzt gehen alle, die noch was bewirken könnten. Keiner will der Letzte sein, der am Ende das Licht ausmacht.“ [...] Schrumpfung als Symptom industrieller Wandlungsprozesse ist weder ein neues noch ein speziell ostdeutsches Phänomen. Die Krise der Montan- oder der Textilindustrie liefert hierfür viele Vorbilder, etwa in England, Ostfrankreich, Belgien oder den USA. Neu ist allerdings der nun erreichte Grad der „Überflüssigkeit“: Nahezu das gesamte Erwerbsspektrum einer

modernen Industriegesellschaft wurde als Folge der deutsch-deutschen Wirtschaftsunion 1990 vollkommen unvorbereitet zur Disposition gestellt. Selbst Städte mit einer vielfältig ausdifferenzierten Fertigungspalette blieben von den Einbrüchen nicht verschont, denn mit den jeweiligen Hauptprodukten verschwand auch die weit gefächerte Zuliefererstruktur. An der ostdeutschen Situation lässt sich also einiges über das Schicksal von Regionen lernen, die im Zuge globalisierter Wirtschaftsprozesse uninteressant geworden sind: [...] Außerdem reicht dank radikaler Marktöffnung die Binnennachfrage für rentable heimische Produktionen nicht aus. Angesichts dieser Bedingungen sind alle Hoffnungen auf „Nachholeffekte“ und „Aufschwung“ in den Wind gesprochen. Eine solche Region ernährt ihre bisherige Bevölkerung nicht mehr, sie wird zum Schattenreich des neoliberalen Globalisierungsmodells.

Wolfgang Kil/Marta Doehler/Michael Bräuer, Zukunft der Städte und Stadtquartiere Ostdeutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2003, S. 25 f.

11 Zukunftsfelder für die Neuen Bundesländer?



Quelle: Der Spiegel 2009

Arbeitsvorschläge

- Suchen Sie anhand von M1, M2 und M3 nach Ursachen für das „Schrumpfen“ von Städten.
- Erläutern Sie den Zusammenhang zwischen Deindustrialisierung und Migration.
- Nennen Sie Beispiele aus Westdeutschland, wo Regionen von ähnlichen Strukturproblemen betroffen sind wie in Ostdeutschland.
- Stellen Sie in einer Mind-Map zusammen, mit welchen sozialen Prozessen und Problemen dieser Schrumpfungsprozess einhergeht (M5, M6, M8, M9).
- Suchen Sie nach Gründen dafür, dass der ländliche Bereich von diesem Strukturwandel besonders heftig erfasst wurde (M10).
- Stellen Sie Folgen zusammen, die dieser soziale und ökonomische Strukturwandel für die städtische und ländliche Infrastruktur hat (M5, M8–M10).